

SCHULDEN

Nebel attackiert Italien

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel hat Italien in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert. Ausgerechnet Italien, das seine eigenen Schulden in den Griff bekommen müsse, habe Ecuador zugesagt, 35 Millionen Euro an Schulden zu erlassen, kritisierte Niebel. „Die europäische Solidarität würde es erwarten lassen, dass Italien erst mal die eigenen Finanzen in den

Griff bekommt“, sagte der FDP-Politiker. „Soll Berlusconi das Geld doch aus seinem Privatvermögen bezahlen.“ Niebels Zorn bezieht sich auf die Beteiligung Italiens an dem Yasuni-Fonds, mit dem Ecuador eine Kompensation dafür erhalten soll, dass es Erdölvorkommen im Yasuni-Regenwald nicht ausbeutet. Deutschland soll sich nach Niebels Willen nicht daran beteiligen. „Ich zahle nicht für Unterlassen“, sagte Niebel. „Wenn wir uns in Ecuador beteiligen, schaffen wir einen Präzedenzfall mit unabsehbaren Weiterungen.“

ENBW

„Teures Erbe“

Der baden-württembergische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Nils Schmid, 38 (SPD), über das Urteil des Staatsgerichtshofs zum Kauf von EnBW-Anteilen durch die Vorgängerregierung. Das Gericht hatte am Donnerstag festgestellt, dass der damalige Finanzminister und heutige Landtagspräsident Willi Stächele, 59 (CDU), die Landesverfassung gebrochen hat. Die schwarz-gelbe Regierung hätte den Deal Ende 2010 nicht unter Berufung auf ein Notbewilligungsrecht am Landtag vorbei abwickeln dürfen.



FRANZISKA KRAUFMANN / DPA



Pilger vor der Kaaba

Auftrag aus Mekka

In Sachen exotischer Aura galt das Berliner Dienstleistungsunternehmen Dussmann bislang als hoffnungsloser Underperformer. Die Geschäftsfelder der Firmengruppe, die voriges Jahr über 1,5 Milliarden Euro umsetzte, beschränkten sich auf attraktionsarme Aktivitäten wie das Reinigen von Gebäuden, den Wachsenschutz oder die Altenpflege. Das allerdings könnte sich jetzt ändern: Dussmann will ins Morgenland expandieren – nach Mekka. Bereits am 15. August unterzeichnete das Unternehmen einen nach eigenen Angaben „millionenschweren“ Beratervertrag mit der saudischen Firma Hijaz Catering. Die Berliner sollen eine „breitangelegte Machbarkeitsstudie“ zu Planung, Bau und Betrieb einer Produktionsanlage für die Verpfle-

gung der Pilger erstellen, die Jahr für Jahr zu den heiligen Stätten des Islam nach Mekka und Medina reisen. Der Auftrag stellt Dussmann indes vor ungewöhnliche Probleme. Zunächst, so ein Firmensprecher, müsse man an Rezepturen für Pilgermahlzeiten tüfteln, die den islamischen Speiseregeln entsprechen und die unterschiedlichen Geschmäcke von Muslimen aus aller Welt treffen. Auch der geplante Produktionsort der Pilgerspeise im saudischen Wüstensand birgt logistische wie klimatische Herausforderungen: Anders als am Berliner Stammsitz herrschen dort oft Tagestemperaturen von 45 Grad Celsius und mehr. Ob sich Dussmann später noch an der geplanten Produktionsanlage beteiligen wird, ließ der Sprecher offen.

SPIEGEL: Wird dem Parlament in Baden-Württemberg in Zukunft ein Präsident vorsitzen, dem der Staatsgerichtshof gerade einen Verfassungsbruch bescheinigt hat?

Schmid: Die Landesverfassung sieht es leider nicht vor, dass man den Landtagspräsidenten in so einem Fall einfach abwählen kann.

SPIEGEL: Muss Stächele zurücktreten?

Schmid: Darüber entscheidet allein der Landtag und das Präsidium. Aber auch die CDU-Fraktion sollte sich überlegen, ob Stächele als ihr oberster Vertreter noch tragbar ist.

SPIEGEL: Der Vater des EnBW-Deals, Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus, ist gerade aus dem Landtag ausgeschieden und in die Wirtschaft gewechselt. Ist er fein raus?

Schmid: Das Urteil muss Konsequenzen haben. Die politische Höchststrafe hat Herrn Mappus ja schon erteilt: Er wurde abgewählt. Aber er hat uns ein teures Erbe hinterlassen. Natürlich prüfen wir nach diesem Urteil die Möglichkeit zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche.

SPIEGEL: Die Vorgängerregierung wurde bei dem Milliardengeschäft immerhin prominent beraten, von der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz und der Bank Morgan Stanley ...

Schmid: ... und diese Beratung war ganz offensichtlich nicht besonders viel wert. Wenn wir daher über Schadensersatzforderungen nachdenken, muss man in einem solchen Fall auch fragen: Welche Verantwortung tragen die beratenden Unternehmen? Schließlich haben die an dem Deal gut verdient.